



**Ein herzliches Dankeschön  
an alle Kolleginnen und Kollegen  
für Euren großartigen Einsatz in  
diesen herausfordernden Zeiten!**

**Weitere Themen**

**Zweites Corona-  
Steuerhilfegesetz:  
Anhörung im  
Finanzausschuss**

**Bringt Senkung  
der Umsatzsteuer  
den erhofften  
„Wumms“?**



## Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat einen Nachtragshaushalt vorgelegt, der alle bisher bekannten Schuldengrenzen sprengt. Mehr als 200 Milliarden Euro kann der Bund im Jahr 2020 und im nächsten Jahr kreditfinanziert ausgeben. Damit sollen die Folgen der Corona-Pandemie bekämpft werden. Und auch in den Ländern wächst die Verschuldung enorm. Das ist ein bundesdeutscher Rekord. Die Kredite, die vor rund zehn Jahren zur Bewältigung der globalen Finanzkrise aufgenommen wurden, nehmen sich dagegen fast mickrig aus.

Die Periode der schwarzen Null ist beendet, die Zeit der sparsamen schwäbischen Hausfrau scheint passé. Die Farbe Rot hat in den Haushalten bis auf Weiteres das Sa-

gen. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass es im Moment in doppelter Weise günstig ist, mit Krediten Politik zu machen – nicht nur wegen der Nullzinsen am Kapitalmarkt, sondern auch weil die Große Koalition mit Blick auf die kommende Bundestagswahl zusammenhält. Und auch die Opposition, die Medien und die kritische Öffentlichkeit haben sich nahezu geräuschlos ins Unvermeidliche gefügt. Ab und zu sind Forderungen nach Steuerersenkungen zu hören, aber ein kritischer Widerstand sieht anders aus. Und der Bundesfinanzminister hat außerdem – taktisch versiert – die Rücklagentöpfe für das Jahr 2021 gut angefüllt. Schließlich will niemand mit noch einmal neuen Kreditaufnahmen oder knickrig oder gar mit Steuererhöhungen ins wichtige Wahljahr 2021 gehen. Man will sich dem Wähler als kraftvoller Bewältiger der Pandemie präsentieren. Ein Lehrstück in finanzpolitischer Psychologie!

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Schlussrechnung kommen wird. Manch einer setzt insgeheim auf eine schleichende Entwertung der Staatsschulden durch eine ansteigende Inflation. Aber selbst wenn: Das wird nicht reichen und ist zudem reichlich vage, eine Art unsicherer Wechsel auf die Zukunft. Damit wird sich nach der nächsten Bundestagswahl die spannende Frage stellen: „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?“ Aus einem Karnevalskalauer wird dann bittere Realität!

Wer allerdings glaubt, er könne sich an der Beamtenschaft schadlos halten, den kann ich nur warnen. Der beliebten Steinbruch-Methode früherer Zeiten hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen Einhalt geboten – zuletzt mit Urteil vom 16. Oktober 2018. Karlsruhe hat damals klar festgestellt, dass Einsparungen allein auf dem Rücken der Beamtenschaft verfassungsrechtlich unzulässig sind. Zur Haushaltskonsolidierung bedarf es – so das höchste deutsche Gericht – eines umfassenden und schlüssigen Konzepts. Ein Einsparvolumen muss gemäß dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes auf alle Bereiche verteilt werden. Die alleinige Sparkuh – bestehend aus Beamtinnen und Beamten – darf es von Rechts wegen nicht mehr geben. Das Streikverbot für die Beamtenschaft darf nicht auf billige Weise ausgenutzt werden.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass man bei der Erstellung der Schlussrechnung auch den hohen „Wert“ des Öffentlichen Dienstes gerade in den letzten schwierigen Wochen und Monaten dann mit einrechnen wird, nicht nur dessen Preis. Dieser Öffentliche Dienst, dieses Berufsbeamtentum sorgte für Stabilität in einer ungewöhnlichen Ausnahmesituation. Nicht zum ersten Mal! Übrigens: Die schwäbische Hausfrau zeichnet sich nicht durch Geiz, sondern durch ihre bodenständige Klugheit aus: Sie vergleicht den Wert einer Sache mit deren Preis und kauft dann das, was seinen Preis wert ist. Sie würde sich nach meiner festen Überzeugung für einen gut aufgestellten Öffentlichen Dienst entscheiden.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Ihr

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

### > DSTG

- ▶ Kurzfristig anberaumte Anhörung im Finanzausschuss: Zweites Corona-Steuerhilfegesetz auf dem Prüfstand 4
- ▶ Konjunkturpaket der Bundesregierung: Bringt die Umsatzsteuerersenkung den erhofften „Wumms“? 6
- ▶ Kurz notiert 6
- ▶ Kurz notiert 7
- ▶ DSTG-Kandidatin mit überwältigender Mehrheit gewählt: Milanie Hengst ist neue Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung 8
- ▶ Reaktion der DSTG-Bundesfrauenvertretung auf Wahlerfolg ihrer Vorsitzenden: „Wir DSTG-Frauen sind sehr stolz“ 9
- ▶ Kurz notiert 9
- ▶ Steuern und Europa: Für eine gerechte und faire Besteuerung im gemeinsamen Binnenmarkt 10
- ▶ Auch Hessen plant ein eigenes Grundsteuermodell: Folgen noch weitere Bundesländer? 12
- ▶ Weiteres Cum-Ex-Strafverfahren vor dem Landgericht Bonn: DSTG rät mutmaßlichen Betrügern, endlich reinen Tisch zu machen 13
- ▶ Politischer Dialog in der Hauptstadt: DSTG-Bundesvorsitzender trifft MdB Till Mansmann (FDP) 14
- ▶ Ehemaliger Vorsitzender des DSTG-Landesverbandes NRW verstorben: DSTG trauert um Hans-Jürgen Kallmeyer 14
- ▶ Gratulation: Bundesgeschäftsführer Rafael Zender feiert runden Geburtstag 15
- ▶ Was macht eigentlich die DSTG-Jugend während der Pandemie? Die Bundesjugendleitung bleibt aktiv! 16
- ▶ Tauschcke 17

### > dbb

- ▶ Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen: Materielle Wertschätzung ist kein Luxus 18
- ▶ Vorrang der Tarifpolitik 19
- ▶ Gesetzlicher Mindestlohn: Geplante Anhebung begrüßenswert 20
- ▶ Branchentage werden digital 21
- ▶ Folgen der Corona-Pandemie für Eltern, Kinder und Jugendliche: Polariserte Familien und vereinsamte Jugendliche 24
- ▶ Ambulante Familienhilfe: Damit der Faden nicht zerreißt 26
- ▶ jugend: Bundesjugendausschuss digital nachgefragt bei ... 28
- ▶ ... Prof. Dr. Gerhard Hammerschmid und Carsten Köppl 30
- ▶ Doppelinterview: Helene Wildfeuer und Milanie Hengst 32
- ▶ Imagegewinn für die Telemedizin 35
- ▶ service für dbb Mitglieder 38
- ▶ Europäische Dateninfrastruktur: Mit GAIA X in die Unabhängigkeit? 40
- ▶ Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes: Die Gewalt ist unerträglich 42
- ▶ interview: Dilek Kalayci, Berliner Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung sowie Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) 44